

In Einheit entzweit?
Der Jemen im Jahr sieben nach der
Vereinigung

Republik Jemen vom 11. 7. bis 11. 10. 1996

Inhalt

Zur Person	28
Grenzland – der Scheich von Sheab Sala I	28
Vergangenes	28
Grenzland – der Scheich von Sheab Sala II	30
Welcome to IBM-Country – ein Überblick	31
„Gesetze sind nicht genug“ – Dr. Jaffer Hamed, Deputy Minister im Ministerium für Planung und Entwicklung	33
Grenzland – der Händler von Shuraiga	34
Im Distrikt-Krankenhaus von Amran – über Familienplanung und Gesundheitsversorgung	35
Grenzland – der Polizeichef von Karash	36
„Herzlichen Glückwunsch Herr Präsident“ – über Rechtssicherheit und Menschenrechte	37
„Leider ist die Praxis mit großen Problemen verbunden“ – Qadi Hamoud Al-Hitar, Präsident des 'High Legislation Court' und ehe- maliger Vorsitzender der 'Yemeni Organization for Human Rights'	38
Die alte Frau und die Schlange – über Presse und Pressefreiheit	39
„Wollen Sie, daß ich den Präsidenten kritisiere?“ – Hisham M. Ali Bashraheel, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung 'Al-Ayyam'	42
Grenzland – die Sozialisten von Al-Thali	42
„Die Stadt kommt nicht zu uns“ – über Stämme und Staatsmacht	44
„Das Stammeswesen ist nicht unflexibel“ – Dr. Khalid Al-Akwa, Professor für Politikwissenschaft, Universität Sana'a	45
Ein Gläubiger wird aus einem Skorpionloch nicht zweimal gebissen (arab. Sprichwort) – über die Vorbereitungen zur Parlamentswahl	46
„Wir haben keine ideologische Armee“ – Said Al-Hakimi, Mitglied des für die Organisation der Parlamentswahl zuständigen Obersten Wahlkomitees	48
Grenzland – der Servierer von Lab'us	49
Zurück in der Heimatlosigkeit? – über das Schicksal der „moghtaribeen“	49
Von der Natur der Wohltat – über die „Charitable Society for Social Welfare“	53
Grenzland – der „Verrückte“ von Qa'atabah	54
Zurück auf Anfang – ein Dankeschön	55
	27



Thomas Ludwig, Jahrgang 1966, aufgewachsen in Bochum. Nach dem Abitur sechsmonatiger Aufenthalt in Indien. Zivildienst in der „Christopherus-Schule“, Ganztagschule für geistig behinderte Kinder. Mitarbeit bei der Bochumer Kulturzeitschrift „bospect“. Praktikum bei der WAZ, Lokalredaktion Bochum. Studium der Geschichte, Politik und Philosophie in Köln. Während des Studiums freie Mitarbeit beim „Kölner Stadt-Anzeiger“. Nach dem Magisterexamen im Sommer 1994 dort als fester freier Polizeireporter tätig. Beiträge für die Krimizeitschrift „speakeasy“. Seit November 1996 Volontär beim „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Grenzland – der Scheich von Sheab Sala I

Früher, als Ahmed Ghaleb Al-Wagihi leichtfüßig war, machten es ihm wachhabende Soldaten unmöglich, seine Verwandten im südlichen Uraisma zu besuchen. Heute sind zwar die Soldaten verschwunden, doch nun machen dem 65jährigen die Beine das Leben schwer. Langsam, eine Kalaschnikow geschultert, schreitet der Scheich von Sheab Sala einen steinigen Weg entlang. Schließlich faßt er mich beim Handgelenk und zeigt auf einen schmalen Pfad zwischen Maisfeldern: „Dort war die Grenze... – es ist gut, daß sie weg ist.“ Kaum zweitausend Schritte trennen die Dörfer Sheab Sala (ehemaliger Nordjemen) und Uraisma (ehemaliger Südjemen) voneinander. Majestätisch schauen die Gipfel des Djabel Girlan, Djabel Shurch und Djabel Worua auf die Ansammlungen von Häusern herab. Ein geradezu paradiesischer Landstrich. Wo nicht Bananen und Papaya wachsen, bauen Bauern Mais an. Nun, da schwer bewaffnete Soldaten einander nicht mehr gegenüberstehen, fühlen sich die Bewohner von Sheab Sala und Uraisma sicher. Die Teilung des Landes, glauben sie, sei das Ergebnis undurchsichtiger Mächtspiele gewesen. „Mit den einfachen Menschen hatte sie nichts zu tun“, sagt Scheich Al-Wagihi. „Denn das Blut der Menschen ist eins.“

Vergangenes

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestimmten Briten und Osmanen die Gesicke Südarabiens. Die Engländer hatten die südjemenitische Hafenstadt Aden im Jahr 1839 erobert und Protektoratsverträge mit den umliegenden Kleinstaaten geschlossen; später sollte Aden zur Kronkolonie erhoben werden. Die Osmanen hatten weite Teile des Nordens im Jahr 1849 unter ihre Herrschaft gebracht. 1905 besiegelte ein osmanisch-britischer

Grenzvertrag die Teilung des Landes. Mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs als Folge des Ersten Weltkriegs festigte sich im Nordjemen die Macht der zaiditischen Imame, die eine religiös begründete absolutistische und bisweilen brutale Herrschaft ausübten. Die nördlichen Landesteile blieben in den folgenden Jahrzehnten weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten; beispielsweise wurde der Bevölkerung Radiohören bei Androhung von Strafe verboten. 1962 bereitete eine Revolution dieser Isolation ein Ende. Imam Al-Badr wurde gestürzt, republikanische Truppen riefen die Arabische Republik Jemen aus – Startschuß für einen jahrelangen Bürgerkrieg, in dem Ägypten die Republikaner und Saudi Arabien die Royalisten unterstützten. Erst 1970 konnten sich die Republikaner durchsetzen.

Im Süden nahm die Nationale Befreiungsfront den bewaffneten Kampf gegen die britische Kolonialmacht auf. 1967 zogen sich die Engländer aus Aden zurück, und der Südjemen wurde unabhängig. Nachdem sich der linksnationale Flügel gegenüber den gemäßigten Kräften der Befreiungsfront politisch durchsetzen konnte, festigte sich die sozialistische Herrschaft in dem nun Demokratische Volksrepublik Jemen genannten Land.

Das Verhältnis der beiden jemenitischen Staaten zueinander blieb fortan zwar nie spannungsfrei – mehrfach kam es zu militärischen Auseinandersetzungen in den Grenzregionen. Doch das Wissen um eine gemeinsame bis in vorislamische Zeit zurückreichende Geschichte hielt das Streben nach einem gemeinsamen Staat wach. Immer wieder kam es darüber zu Verhandlungen. Doch erst die Veränderung der weltpolitischen Rahmenbedingungen Ende der 80er Jahre ermöglichte bedeutende Schritte in Richtung Vereinigung. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – dem Ende des Kalten Kriegs – und den damit wegfallenden Finanzhilfen, orientierten sich auch die beiden südarabischen Staaten politisch neu.

Am 22. Mai 1990 vereinigten sich die Arabische Republik und die Demokratische Volksrepublik zu einem Staat. Im Mai des darauffolgenden Jahres nahm die Bevölkerung in einem Referendum eine gemeinsame Verfassung an. Diese ist an westlichen Vorbildern orientiert, ermöglicht Parteienpluralismus, freie, gleiche und allgemeine Wahlen und garantiert bürgerliche Freiheiten im Rahmen einer Gewaltenteilung. Jedes Staatsamt wurde mit je einem Vertreter aus dem Süden und dem Norden besetzt. Die Regierung teilten sich der konservative Allgemeine Volkskongreß (AVK) von Staatspräsident Ali Abdullah Saleh und die Jemenitische Sozialistische Partei (JSP) unter der Führung des Vizestaatspräsidenten Ali Salim Al-Baid. Nach den Parlamentswahlen von 1993 bildeten die zwei Parteien eine Koalitionsregierung.

Dennoch verschärften sich die Spannungen zwischen den politischen Vertretern der ehemaligen Staaten. Bis 1993 wurden rund 150 Mitglieder der JSP bei Anschlägen getötet; die Parteiführung forderte die rückhaltlose Aufklärung der Hintergründe. Zudem machten die Sozialisten eine Reihe von Reformvorschlägen, unter anderem zur Dezentralisierung der Regierung. Denn der wirtschaftliche Niedergang vor allem in Aden hatte

die Menschen des Südens unzufrieden gemacht und gegen die Regierenden aufgebracht. Wollte die JSP den Rückhalt unter der Bevölkerung nicht verlieren, mußte sie diese Unzufriedenheit artikulieren. Immer häufiger schlossen sich nun der AVK und die im Jahr der Vereinigung gegründete islamisch-tribalistische Partei für Reform (Islah) gegen die Sozialisten zusammen. Im Sommer 1993 weigerte sich Vizepräsident und Sozialistenführer Al-Baid nach einer Auslandsreise, in die Hauptstadt Sana'a zurückzukehren und verlegte seinen Sitz nach Aden, der ehemaligen Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik. Politiker des Nordens witterten darin erste Schritte in Richtung Sezession. Die Situation eskalierte. Weil die Armeen der beiden ehemaligen jemenitischen Staaten noch nicht zusammengeführt waren, spitzte sich die Situation in den Folgemonaten zu. Im April 1994 griffen nordjemenitische Streitkräfte Einheiten der Südmarmee an, die im Norden stationiert waren. Innerhalb von zweieinhalb Monaten starben im Bürgerkrieg bis zu 20000 Menschen. Nach wochenlanger Belagerung gelang es dem Norden schließlich, Aden einzunehmen. Die sozialistische Führung um Al-Baid floh ins Exil. Die Stadt wurde geplündert. Die Sozialisten verloren ihre Beteiligung an der Regierung. Die Islah-Partei wurde neuer Koalitionspartner des Allgemeinen Volkskongresses. Im Dezember 1994 verabschiedete das Parlament eine Verfassungsänderung, wonach das islamische Recht, die „sharia“, als hauptsächliche Rechtsquelle im Land zu gelten hatte und bis heute gilt.

Die staatliche Einheit war bewahrt, doch viele Menschen blieben skeptisch. Auch im Jahr Sieben der Vereinigung gibt es zahlreiche Vorurteile: Vielen im Süden gelten die Nordjemeniten als konservativ-traditionelle Bauern und religiöse Fanatiker. Sie, so der Argwohn, wollten das Land hunderte von Jahren in die Vergangenheit zurückversetzen. Die „Südstaatler“ sind im Norden des Landes als gottlose Kommunisten verschrien, die für ein Glas Bier ihre Töchter dem Teufel verkaufen würden.

Die Republik Jemen heute: In Einheit entzweit?

Grenzland – der Scheich von Sheab Sala II

Es dunkelt, als wir in Sheab Sala ankommen; wir, das sind Noab, der Dolmetscher, Mohammed, unser Fahrer und ich. Obwohl wir unangemeldet sind, nimmt uns die Familie Al-Wagihi wie selbstverständlich auf. Weil der Privatbereich in jemenitischen Häusern für Besucher in der Regel tabu bleibt, führt uns ein Sohn in ein gelb gestrichenes Empfangszimmer. Entlang der Wände liegen Kissen und Decken. Ein Fernseher zisselt still vor sich hin. Zwei Handvoll Kinder im Alter von vielleicht drei bis vierzehn Jahren scharren sich um uns. Nach wenigen Minuten werden sie vom Hausherrn verscheucht. Es gibt Tee. Männer aus dem Dorf schauen herein, um wenige Minuten später wieder zu verschwinden. Eine nahezu wortlose Angelegenheit. Ein Journalist aus Deutschland. Aha. War der nicht im Fernsehen? Ja. Auf der Pressekonferenz des Premierministers zum

Fünfjahresplan. Aha. Irgendwann wird Essen gebracht, das blecherne Tablett vor uns auf den Boden gestellt: Brotfladen, gewürzte Brühe mit Butter und Milch, dazu selbstgemachter Honig.

Das Leben ist einfach in den jemenitischen Bergdörfern. Die Einheit hat die Lebensumstände kaum verändert. „Ein Brunnen wurde gebohrt, Wasserleitungen erneuert“, so der Scheich. Aber sonst? „Trotz fruchtbarer Felder können wir nur etwa 30 Prozent dessen ernten, was wir zum Leben brauchen.“ Strom erzeugen die Familien der Region mit Hilfe von Dieselelektrogeneratoren. Telefon gibt es im nächsten Städtchen Mawiyah. Bis dorthin sind es zwei Autostunden. Die Gebirgspiste ist nur zu Fuß oder mit einem „Four-Wheel-Drive“ zu meistern. Asphalt? Politische Entscheidungen werden in Sana'a getroffen, und die Hauptstadt ist weit, weit weg. Bis Auswirkungen in abgelegenen Dörfern wie Sheab Sala zu spüren sind, das weiß Scheich Al-Wagihi, „vergeht viel Zeit. Sehr viel Zeit“.

Welcome to IBM-Country – ein Überblick

Anwar, ein junger Computerfreak und Zeitungs-Layouer, spricht vom Jemen nicht ohne Ironie als „IBM-Country“. Das geflügelte Wort charakterisiert die Haltung vieler Menschen gegenüber Gegenwart und Zukunft: I stehe für „insha'allah“ (So Gott will!), B für „bukra“ (Morgen!) und M für „ma lesh“ (Macht nichts!). Tatsächlich ist die sozioökonomische Lage im Land ernst. Internationale Organisationen betrachten den Jemen als „least developed country“. Als Kriterien dafür gelten unter anderem das durchschnittliche Jahreseinkommen der Jemeniten von knapp 280 Dollar, die Umstände, daß immer noch 112 von 1000 Kindern innerhalb der ersten fünf Lebensjahre sterben, lediglich 38 Prozent der Bevölkerung Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung haben und nur 53 Prozent der Männer und 26 Prozent der Frauen lesen und schreiben können. „Mehr als 70 Prozent der Menschen leben auf dem Land, in zum Teil abgelegenen und schwer zugänglichen Bergdörfern. Von ihnen kann man rund 80 Prozent als arm bezeichnen“, sagt Abdo Saif, Program Officer beim United Nation Development Programm (UNDP). Sie müßten zwar keinen Hunger leiden, doch die Ernährungssituation sei durchaus schwierig: „Mangelernährung ist eine wichtige Ursache für Krankheiten. Nicht selten sterben Menschen infolge fehlender Widerstandskräfte.“

Schon jetzt produziert der Jemen nur die Hälfte des für die Versorgung der Bevölkerung benötigten Getreides. Lediglich mit Früchten und Gemüse kann sich das Land selbst versorgen. Auf einem Viertel der für Landwirtschaft geeigneten Flächen bauen Bauern das aufputschende Rauschmittel Qat an; damit läßt sich mehr und schneller Geld verdienen als mit anderen landwirtschaftlichen Produkten. Die tägliche Qat-Runde mit Freunden ist für Jemeniten ein soziales Ereignis. Nicht selten geben Männer bis zu der Hälfte ihres Einkommens für den Qat-Rausch aus, das belastet die Familieneinkommen erheblich. Daneben verbraucht der Anbau der Pflanze,

der für viele Bauern Existenzgrundlage ist, einen Großteil der knappen Wasserressourcen.

So senkt sich beispielsweise der Grundwasserspiegel im Becken von Sana'a jedes Jahr um drei bis sechs Meter. „Es gibt rund 6000 Brunnen, von denen nutzt die Stadt nur 42. Damit werden etwa 35 Prozent der Bevölkerung von Sana'a versorgt. Alle anderen Brunnen sind privat, jeder bohrt und pumpt, wie es ihm beliebt“, sagt Siegmund Sender. Er ist im Auftrag der „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ) im Jemen, berät die für den Wasser- und Abwassersektor Verantwortlichen in Regierung und Verwaltung. Lediglich zehn Prozent des Wassers, sagt er, werde für Trink- oder Industierzwecke benötigt. Der Rest fließe zur Bewässerung auf die Felder. „Oft überschwemmen Landwirte ihre Felder am helllichten Tag, wenn die Sonne knallt. Ein Großteil des Wassers verdunstet auf diese Weise.“ Und weil es Salze enthält, erhöht sich deshalb auch der Salzgehalt der Böden; eine Katastrophe für die Bewirtschaftung. Im Jahr 1996 hat die Regierung einen wichtigen Schritt zur Lösung des Problems getan und die „National Water-Resources Authority“ ins Leben gerufen. Mit deutscher Hilfe und Beratung sollen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die die Wichtigkeit von Wasser als beschränktem und daher wirtschaftlichem Gut untermauern und den Verbrauch in geregelte Bahnen lenken. Denn bleibt dieser auf derzeitigem Niveau, so Experten, bestehe die Gefahr, daß es in Sana'a in zehn, 15 Jahren kaum noch Wasser geben werde.

Obwohl die Regierung die Dringlichkeit erkannt hat, reicht ihr Einfluß, das Problem in den Griff zu bekommen, nur bedingt aus. In der Region Taizz, wo Wasser schon jetzt immer wieder rationalisiert werden muß, weigern sich Stämme, mit offiziellen Stellen zu kooperieren und Bohrungen nach Wasser auf ihren Territorien zuzulassen. Dabei ist es auch schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. „Wir brauchen geeignete Leute an den richtigen Stellen. Erst dann kann es gelingen, Armut zu lindern, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und die Probleme der Zukunft zu meistern“, beklagt UNDP-Mitarbeiter Abdo Seif die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit der jemenitischen Bürokratie. In deren Reihen nämlich herrschen Nepotismus und Korruption.

Überall im Land gibt es zahlreiche Menschen, die angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten und dürftiger Zukunftsperspektiven nicht gut auf die Regierenden zu sprechen sind. Die staatliche Hilfe ist unzureichend. Denn der Republik Jemen mangelt es an Geld. Allein der gewaltige Verwaltungsapparat mit 300 000 bis 400 000 Beschäftigten, der in den nächsten Jahren im Rahmen von Maßnahmen zur Strukturanpassung reduziert werden soll, schluckt den größten Teil des Haushalts. Zwar konnte das Defizit von rund 60 Milliarden Riyal (Oktober 1996: ca. 125 Riyal = 1 US-Dollar) in den vergangenen Jahren halbiert und die Inflation von über hundert auf etwa 45 Prozent gesenkt werden, doch gleichzeitig sank die Kaufkraft der Unter- und Mittelschicht dramatisch. Der Abbau von staatlichen Subventionen hat dazu geführt, daß Grundnahrungsmittel und Energie sehr kostspielig geworden sind. Tatsächlich hätten nicht einmal zehn

Prozent der Subventionen kaum ein Viertel der Haushalte erreicht, schränkt Uruj Kirmani, stellvertretender Leiter der Weltbank-Niederlassung in Sana'a ein. So seien zum Beispiel 25 Prozent des subventionierten Getreides ins Ausland geschmuggelt worden.

Wege aus der allgegenwärtigen Misere sucht die Regierung in den Bereichen Rohölförderung und Tourismus. Ob Einnahmen aus der Ölförderung dem Land langfristig zu Aufschwung verhelfen, ist allerdings ungewiß. Derzeit sollen zwischen 340 000 und 390 000 Barrel pro Tag gefördert werden (z. Vgl.: Oman, mit einer weit geringeren Bevölkerungszahl, fördert rund 700 000 Barrel täglich). Ersten Anzeichen zufolge sollen die jemenitischen Ölvorkommen nicht so umpfangreich sein, wie noch bis vor ein paar Jahren angenommen. Zudem ist die Erschließung und der Bau von Pipelines kostspielig, und ausländische Investoren müssen gefunden werden.

So setzt denn die Regierung auch auf die Entwicklung des Tourismus. „Der Fünfjahresplan 1996–2000 wird privaten Investoren weiträumig Möglichkeiten bieten, in die Tourismusbranche zu investieren. Mit Hilfe dieser Investitionen werden wir die Zahl der Touristen zum Ablauf des Plans eventuell auf eine halbe Million anheben können“, sagt Mohammed M. Mutahar, stellvertretender Präsident der staatlichen Tourismusbehörde. Die Zahl der derzeit rund 5700 Arbeitsplätze in der Branche soll sich in den nächsten Jahren verdoppeln. Reiseagenturen schießen vor allem in Sana'a wie Pilze aus dem Boden. Rund 160 solcher Dienstleistungsunternehmen soll es inzwischen landesweit geben. Noch müssen sie sich jedoch einen kleinen Markt teilen: Im Jahr 1995 haben rund 60 000 Menschen den Jemen besucht, rund zwei Drittel kamen aus Europa. Sorge, daß ein künftiger Boom gesellschaftliche Strukturen und kulturelle Traditionen negativ beeinflussen könnte, haben die Verantwortlichen kaum. Mohammed M. Mutahar: „Unsere Touristik-Unternehmen sind angewiesen, Besucher über kulturelle Besonderheiten aufzuklären, um so Mißverständnisse und Peinlichkeiten in den Beziehungen zwischen der jemenitischen Öffentlichkeit und den Besuchern zu vermeiden.“ Bis zu allen Unternehmen ist das jedoch noch nicht durchgedrungen.

„Gesetze sind nicht genug“ –

Dr. Jaffer Hamed,

Deputy Minister im Ministerium für Planung und Entwicklung

„Nach der Vereinigung haben wir gedacht, daß sich unsere Situation verbessert und wir Unterstützung vor allem von seiten arabischer Länder erhalten würden. Leider hat die Golfkrise die Situation grundlegend verändert (siehe Kap. über ‚moghtaribeen‘; d. Verf.). Gleichzeitig fielen mit der Auflösung des sozialistischen Blocks Gelder für die Entwicklung unseres Landes weg. (...) Wir sind erst am Beginn der Stabilisierung. Aber wir sind zuversichtlich, daß sich die Lage weiter verbessern wird. Die Ziele sind klar.

(...) Wir werden uns auf den Prozeß der Privatisierung konzentrieren. Denn auch wenn wir ausländische Quellen zur Hilfe bewegen wollen, so dürfen wir doch nicht die Mobilisierung interner Ressourcen vernachlässigen. Um den privaten Sektor zu mobilisieren, müssen wir die geeignete Atmosphäre schaffen, beispielsweise durch Gesetze, die Investitionen des privaten Sektors fördern. Doch Gesetze sind nicht genug. Denn Investoren wollen auch Stabilität, Sicherheit, geeignete Infrastruktur, ein verlässliches Bankwesen, Vereinfachung der Bürokratie – Verwaltungsroutine darf keine schnellen Entscheidungen verhindern – und gut ausgebildete Arbeitskräfte. (...) Der Fünfjahresplan ist das theoretische Gerüst für die angestrebten wirtschaftlichen und administrativen Reformen. Dort sind die wichtigsten Ziele und politischen Schritte verankert. Der Plan ist ein flexibler Rahmen, mit dem auf veränderte Bedingungen und eine eventuelle Revision der Ziele reagiert werden kann. So könnten ja zum Beispiel neue Erkenntnisse in Sachen Ölförderung oder statistische Daten neue Konzepte erforderlich machen. (...) Ausländische Investoren können künftig auch Mehrheiten an Unternehmen in unserem Land halten. Denn selbst der Präsident hat gesagt, das Investitionsgesetz sei nicht der Koran, sondern könne den Erfordernissen gemäß verändert und angepaßt werden. (...) Dezentralisierung ist ein Punkt, mit dem wir uns befassen müssen. Innerhalb dieses Rahmens könnte den Gouvernements ein limitiertes Budget zur Verfügung gestellt werden. Das wird diskutiert. Privatisierung war anfangs auch nicht unstrittig, inzwischen geht unsere Politik aber ganz eindeutig in diese Richtung. Die Dinge ändern sich.“

Grenzland – der Händler von Shuraiga

Früher, da machte so mancher Händler im Grenzbezirk gutes Geld. Denn wo eine Grenze ist, gibt es Schmuggler. Die nahmen abseits der Straße den Weg durch die Berge und beluden ihre Esel und Kamele mit allem, was sich im Nachbarland absetzen ließ. Der Norden nahm dem Süden billige Lebensmittel ab, Konserven aus China. In den Süden gingen hauptsächlich „Luxusartikel“, wie Schuhe, Batterien, Uhren und ähnliches. „Unsere Händler haben die Waren direkt im Ausland bestellt oder im Freihafen von Aden billig eingekauft. Dann brachten sie sie legal hier nach Shuraiga und schmuggelten sie anschließend wieder über die Grenze“, erzählt Ahmed Mohammed Saleh. Seit seiner Kindheit arbeitet der 23jährige in dem kleinen Geschäft seiner Familie. Es liegt kaum hundert Meter vom ehemaligen Grenzübergang entfernt, von dem heute nur noch eine abgewetzte Farbmarkierung auf der Straße erzählt. Vor der Vereinigung gab es sieben oder acht kleine Läden in Shuraiga, heute sind es mindestens zwei oder drei Dutzend. Wellblechbude reiht sich an Wellblechbude, und in allen werden ähnliche Waren angeboten: Kekse, Wasser, Cola, billige Kleidung und Obst. Werkstätten bieten den schnellen Service für Autofahrer, deren Karosserie den Geist aufzugeben droht; platte Reifen werden in wenigen Minuten für 200,

300 Riyal vulkanisiert. Seit knapp drei Jahren gibt es eine Tankstelle. Eine Garküche sorgt für das leibliche Wohl von Reisenden und Fernfahrern, die einen Stopp einlegen. Und danach bringen Qat-Verkäufer ihr Rauschmittel an den Mann. Shuraiga ist zu einer wichtigen Station an der Verkehrsader Aden – Sana'a geworden. „Die Geschäfte laufen ausgezeichnet. Wir verdienen ganz gut.“ Ahmed Mohammed Saleh klingt zufrieden.

Im Distrikt-Krankenhaus von Amran – über Familienplanung und Gesundheitsversorgung

Zihans Augen lachen im schmalen Schlitz ihres schwarzen „sharshafs“. Was für eine Frage, scheint sie zu signalisieren, die Antwort liegt doch auf der Hand: „Es ist besser für die Kinder, weil es die Erziehung einfacher macht“, sagt sie – und meint damit nicht nur den finanziellen Aspekt sondern auch den zeitlichen. Vor wenigen Wochen hat sich Zihan eine Spirale einsetzen lassen, nun ist sie zur Nachsorge ins Distrikt-Krankenhaus gekommen. Ihr Mann, erzählt sie, sei mit ihr einer Meinung gewesen, daß drei Kinder – Mädchen im Alter von vier und drei Jahren sowie sieben Monaten – vorerst genug seien. „Er ist aus Taizz, da sind die Männer aufgeschlossener als hier oben“, glaubt Zihan.

Die 28jährige unterrichtet Philosophie an der Secondary School in Amran, einer Kleinstadt etwa 50 Kilometer nördlich von Sana'a. Ihr Mann arbeitet als Landwirtschaftsingenieur. Daß sich das Paar entschlossen hat, vorerst auf weiteren Nachwuchs zu verzichten, ist in der Republik Jemen keine Selbstverständlichkeit. Noch praktiziert nur etwa ein Prozent der Erwachsenen irgendeine Form von Verhütung. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung jährlich um rund 3,7 Prozent. Damit steht die Republik Jemen mit an der Weltspitze.

Demographische Berechnungen der amerikanischen Hilfsorganisation USAID sagen für das Jahr 2024 eine Bevölkerungszahl zwischen 34 Millionen und 42 Millionen voraus. Im Großraum Sana'a leben derzeit rund eine Million Menschen. Angesichts hinzuwandernder Landflüchtlinge steigt die Zahl dort jährlich um etwa elf Prozent. Nach der jüngsten Volkszählung im Dezember 1994 leben rund 15 Millionen Menschen in der Republik Jemen, etwas mehr als die Hälfte von ihnen ist jünger als 15 Jahre und wird in den nächsten Jahren eine Familie gründen. Jemenitische Frauen bringen im statistischen Durchschnitt 7,7 Kinder lebend zur Welt. Die Schwangerschaften folgen häufig dicht aufeinander. Viele Mütter leiden deshalb unter akutem Eisenmangel. Nicht selten sterben Frauen an Mangelerscheinungen infolge jahrelangen Geburts-Stresses. Unicef hat zuletzt erhoben, daß rund 1400 von 100 000 Frauen jährlich während der Schwangerschaft, bei oder kurz nach der Geburt ihr Leben verlieren.

Der Gesundheitsminister ist sich des immensen Bevölkerungswachstums bewußt. „Wir wollen Familienplanung in Gesundheitsbetreuung und Gesundheitsversorgung integrieren. Im Rahmen kurativer Medizin muß

auch über Verhütungsmethoden gesprochen werden“, sagt Dr. Najib Saeed Ghanem (Islah). Isolierte Aktionen, zum Beispiel Aufklärung in Schulen oder aggressive Werbung für Kondome im Fernsehen, sieht er nicht gern – auch wenn es angesichts der hohen Wachstumszahlen vielleicht angebracht erscheinen könnte. Eine repressive Lenkung des Bevölkerungswachstums seitens des Staates, beispielsweise über Steuern oder die Sterilisation von kinderreichen Ehepartnern ist im Gesundheitsministerium kein Thema. „Isolierte Ansätze haben eine große Neigung zum Scheitern, weil sie nicht notwendigerweise mit der vorhandenen Kultur übereinstimmen – wir müssen immer auch die Akzeptanz in der Bevölkerung berücksichtigen“, stellt Najib Saeed Ghanem fest.

Im Distrikt-Krankenhaus von Amran künden Eintragungen in eine dicke schwarze Kladde von ersten Erfolgen: So wurden beispielsweise am 31. Juli 1996 fünf Mal die Pille und zwei Mal Kondome (20er und 40er Packung) ausgegeben; eine Frau hat sich die Spirale einsetzen lassen. „Wenn man bedenkt, daß vor wenigen Jahren noch niemand hier wußte, was eine Spirale ist, ist das ganz beachtlich“, sagt Dr. Ahmed Tellha, Leiter des Krankenhauses und Koordinator der Gesundheitsversorgung in der Provinz Amran. Er erntet heute die Früchte jahrelanger Arbeit – und das nicht nur auf dem Sektor der Familienplanung.

Noch Anfang der 80er Jahre gab es in der Region keine organisierte Gesundheitsversorgung. Deshalb vereinbarten die jemenitische und die deutsche Regierung die Situation mit Hilfe der GTZ dauerhaft zu verbessern. So wurde das kleine Krankenhaus von Amran seit 1983 mit deutscher Hilfe ausgebaut und technisch aufgerüstet. In 53 Dörfern, die wegen ihrer Lage in den Bergen zum Teil schwer zugänglich sind, wurden Gesundheitsstationen eingerichtet. Dort halten einheimische, mit Hilfe der GTZ ausgebildete Gesundheitspfleger und -pflegerinnen einfachste gesundheitliche Standards aufrecht. Rund 300 000 Menschen profitieren von der Versorgung. Am 30. Juni 1996 ist der Vertrag über die Kooperation in Amran abgelaufen, seine Verlängerung ist fraglich. „Ohne Unterstützung aber“, prognostiziert Dr. Tellha, „wird die Arbeitsleistung in den nächsten Jahren bis auf ein Viertel zurückgehen.“ Er fürchtet, daß sich die jemenitische Regierung ohne vertragliche Bindungen mit Deutschland aus der Pflicht stehlen könnte. Denn während die GTZ das Krankenhaus mit Sachmitteln und fachlicher Beratung unterstützte, mußte die jemenitische Seite die Gehälter der Ärzte, Schwestern und Krankenpfleger zahlen und für die laufenden Kosten aufkommen. „Sollte sie dieser Pflicht künftig nicht regelmäßig nachkommen“, sagt Dr. Tellha, „kann ich für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht garantieren.“

Grenzland – der Polizeichef von Karash

„Verkehrsunfälle, die kommen vor. Abgesehen davon ist es ruhig in unserer Stadt.“ Saeed Saif Mohammad sitzt vor der örtlichen Polizeikaserne. Das

Gebäude ist im Bürgerkrieg schwer beschädigt worden. Die hellgrüne Farbe blättert ab. Geld für Reparaturen gibt es nicht. Vor dem Eingang stapeln sich zerbeulte Unfallautos. Saeed Saif Mohammad hat die rechte Backe voller Qat und bietet mir ein Büschel an. Ich lehne ab. Danke. Zu heiß. Dann schickt er einen Beamten los, ein paar Flaschen Limonade zu holen. In Karash ist es staubig und drückend heiß. Die Sonne sticht das ganze Jahr über schmerzhaft. Karash ist die letzte Stadt des ehemaligen Südjemen vor der Grenze zum Norden. Die Mehrzahl der Häuser ist heruntergekommen, die Durchgangsstraße festgeklopfter Lehmbooden. Transportlastwagen, die gen Sana'a oder Aden rasen, hinterlassen Fahnen aus Dieselruß und Staub. Saeed Saif Mohammad ist Polizeichef des Städtchens. Er redet viel, und doch erfahre ich wenig. Die Bewohner von Karash seien ganz zufrieden nach der Vereinigung. Sagt er. Soziale Unzufriedenheit? Unruhe? Die Menschen litten unter den steigenden Preisen, ja, aber sie arbeiteten fleißig: „Die Sozialisten haben den Bauern das Land weggenommen. Nach der Vereinigung haben sie es wiederbekommen. Deshalb sind sie nun sehr motiviert.“

„Herzlichen Glückwunsch Herr Präsident“ – über Rechtssicherheit und Menschenrechte

Aus Anlaß des 26. Septembers, des Tages also, an dem 1962 die nordjemenitische Republik ausgerufen wurde, gingen in der Hafenstadt Al-Mukalla hunderte enttäuschter Jemeniten auf die Straße. Mit leeren Wassereimern und erloschenen Laternen in den Händen – Symbole für Wasser- und Energieknappheit – gratulierten sie dem Staatspräsidenten friedlich zur „gelungenen Revolution“. Zahlreiche Demonstranten wurden bei anschließenden Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften verletzt. „Polizisten verfolgten einzelne sogar bis ins Krankenhaus; dort gab es für die Ärzte gleich auch noch eine Abreibung“, sagt Fadel Ali Abdullah, Sprecher der „Yemeni Organisation for Defense of Human Rights and Democratic Freedoms“ (YODHRDF) mit Sitz in Aden. „Werden so etwa demokratischen Rechte geschützt?“

In ihrer Verfassung verpflichtet sich die Republik Jemen zur strikten Einhaltung der Menschenrechte. „Im arabischen Vergleich ist die Menschenrechtssituation als recht gut zu bezeichnen“, heißt es unter Diplomaten. Gleichwohl klaffen Anspruch und Wirklichkeit immer wieder auseinander. „Zusammen mit Verwandten wurde ich festgenommen und anschließend zusammengeschlagen. Dann haben sie uns in einen Raum mit Skorpionen und Schlangen gesperrt“, zitiert die YODHRDF den Studenten Abdul Fatah. Ein anderer ehemaliger Häftling erzählt: „Sie haben mich im Juni 1994 von der Arbeit weggeholt und in Ketten gelegt. In einem unterirdischen Keller wurde ich immer wieder geschlagen, 18 Tage lang.“ Regierungskritische Professoren wie Abu Bakr Al-Saqqaf und Zein Al-Saqqaf wurden von Unbekannten entführt, mißhandelt und dann am Stadtrand von Sana'a zurückgelassen. Welcher Druck bisweilen auf kritischen Journa-

listen lastet, zeigt der Fall des 25jährigen Arafat Mudabish. Der Parlamentsberichterstatte von „Al-Thauri“, dem Sprachrohr der Jemenitischen Sozialistischen Partei, wurde von Sicherheitsbeamten im Parlament niedergeschlagen. Auf wessen Befehl diese gehandelt haben, blieb unklar. Für den Betroffenen steht jedoch fest: „Die Beamten unterstehen dem Parlamentspräsidenten (Scheich Al-Ahmar; d. Verf.). Wer anders als er sollte also den Befehl gegeben haben?“ Arafat Mudabish hatte des öfteren den Führungsstil des Parlamentspräsidenten kritisiert, er setze sich allzuoft über die Geschäftsordnung hinweg. Daß der mißhandelte Journalist weitgehend unverletzt blieb, verdankt er dem Eingreifen von Parlamentsmitgliedern. Sie stellten sich schützend vor Mudabish und ermöglichten ihm, in einem Auto zu entkommen.

Auch nach Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 1994 sehen sich Mitglieder der JSP immer wieder Repressalien von seiten der Regierung ausgesetzt. Sie wurden und werden Opfer von Anschlägen und Attentaten; im Juli 1996 wurde ein Parlamentsmitglied der JSP im Bezirk Al-Luhaia bei einer freitäglichen Qat-Runde von einer Gruppe bewaffneter Eindringlinge, von denen es hieß, sie gehörten zur Politischen Sicherheitspolizei, durch Schüsse verletzt. Bis heute haftet JSP-Mitgliedern der Makel an, Sezessionisten zu sein. Tatsächlich finden sich nur wenige, die die Einheit des Landes generell in Zweifel ziehen. Vielmehr geht es um das „Wie“. Für die Regierenden scheint „Sezessionist“ zum geflügelten Wort geworden zu sein, mit dem diejenigen in Mißkredit gebracht werden sollen, die sich kritisch über die bestehenden Herrschafts- und Regierungsverhältnisse äußern.

Menschenrechtler wie Fadel Ali Abdullah beobachten diese Entwicklung mit großem Unbehagen, er kritisiert willkürliche Festnahmen und Mißhandlungen von politischen Verdächtigen durch die Politische Sicherheitspolizei: „Immer wieder kommt es zu Inhaftierungen, ohne daß es eine Anklage oder ein Verfahren gegeben hat. Niemand zieht die Verantwortlichen zur Rechenschaft.“ Ähnlich faßte eine Delegation von Amnesty International die Ergebnisse einer Untersuchung vom Juli 1996 zusammen: Die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte (Folter, unfaire Prozesse, Prügel- und Amputationsstrafen sowie rechtswidrige Exekutionen und der Gebrauch von Fußfesseln) machten deutlich, daß sich die Regierung nicht nur in einzelnen Fällen ihrer Verantwortung bewußt werden, sondern ein allgemeines Präventionsprogramm initiieren müsse.

„Leider ist die Praxis mit großen Problemen verbunden“ –

Qadi Hamoud Al-Hitar, Präsident des „High Legislation Court“ und ehemaliger Vorsitzender der „Yemeni Organization for Human Rights“

„Die Menschenrechtssituation im Jemen ist nach der Vereinigung wohl eine der besten im gesamten arabischen Raum. Es gibt die verschieden-

sten Gesetze, wie zum Beispiel das Pressegesetz oder das Wahlgesetz, die die Menschen- und Bürgerrechte schützen und befördern. Leider ist die Umsetzung der Theorie in die Realität mit großen Problemen verbunden. (...) Die Rechtssicherheit ist nicht immer garantiert. Bei der Polizei und auch in der Verwaltung arbeiten Personen, deren Rechtsbewußtsein nicht ausgeprägt ist. Wie sollen sie also andere Menschen rechtens behandeln? (...) Allzuoft setzen Mitglieder der Exekutive nicht um, was Richter verfügen haben. Urteile werden nicht vollstreckt. Zwischen der Polizei und der Justiz ist die Zusammenarbeit in vielen Fällen unzureichend; sicher auch, weil es einigen Polizisten an Bildung mangelt. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die Recht und Gesetz nicht befolgen, das gilt für Durchschnittsbürger, wie auch für Amtsträger. Die Menschen selbst sind oft das Problem, ihre Mentalität. Sie sind sich der Schutzwürdigkeit der Menschenrechte nicht immer ausreichend bewußt. (...) Das alles rührt auch daher, daß sich die Wandlung hin zu einem demokratischen Staatswesen in unserem Land in so kurzer Zeit vollzieht. In zehn Jahren werden die Menschen es sicher besser zu würdigen und zu verstehen wissen, was es bedeutet in einer modernen Demokratie zu leben. (...) Die ‚Yemeni Organisation for Human Rights‘ veranstaltet Seminare für Polizisten und Justizangehörige, um sie für die Einhaltung von Menschenrechten im Rahmen von Internationalen Vereinbarungen zu sensibilisieren. Bei diesen Veranstaltungen werden die Teilnehmer auch auf die Rechte von Inhaftierten aufmerksam gemacht und anschließend mit der tatsächlichen Situation im Einzelfall konfrontiert. (...) Wir klären Inhaftierte über ihre Rechte auf und informieren sie, welche Schritte sie unternehmen können, um ihre Situation zu verbessern. In schlimmen Fällen informiert die Organisation die Medien, um auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen. Man muß aber nicht alles gleich in der Presse breittreten. Manchmal ist es effektiver, Dinge aus dem Verborgenen heraus zu regeln (ausländische Beobachter sehen gerade hierin eine Stärke der Organisation; viele ihrer Mitglieder sind Parteiangehörige von Islah und Allgemeinem Volkskongreß und können so in verantwortliche Institutionen hineinwirken, um Mißstände auszuräumen; (Anm. d. Verf.). (...) Meine Funktion als Vorsitzender der ‚Yemeni Organisation for Human Rights‘ mußte ich leider aufgeben. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der Richter solche Ämter nicht mehr wahrnehmen dürfen.“

Die alte Frau und die Schlange – über Presse und Pressefreiheit

Daß Verletzungen demokratischer Rechte im Jemen an die Öffentlichkeit gelangen, ist oft ein Verdienst unabhängiger Zeitungen. Die Verfassung der Republik Jemen garantiert Pressefreiheit. Zwischen der Vereinigung im Jahr 1990 und dem Bürgerkrieg 1994 wurden rund 200 verschiedene

Druckerzeugnisse herausgegeben. Etwa ein Drittel erschien allerdings nur mit wenigen Ausgaben, dann wurden die Blätter wieder eingestellt. Ein weiteres Drittel ließ sich staatlichen Institutionen zuordnen. Heute paßt den Regierenden so manche unabhängige Zeitung nicht. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 ist zum Beispiel die englischsprachige Wochenzeitung „Yemen Times“ immer wieder angefeindet worden. Im Juli 1996 kulminierte die Kritik seitens des Präsidenten in der Drohung, den Herausgeber Dr. Abdulaziz Al-Saqqaf notfalls des Landes zu verweisen: „Dies ist meine letzte Warnung!“ Die Anschuldigungen, die er erhob, unterstellten Al-Saqqaf zweifelhafte Kontakte zu „ausländischen Kräften“. Diese, so der Präsident, sorgten mit Geld dafür, daß die Zeitung Informationen verbreite, die den „nationalen Interessen“ schaden. Tatsächlich berichteten die Redaktionsmitglieder der „Yemen Times“ über Korruption und Schlendrian in der Verwaltung, über Mißstände in Gefängnissen und auch über die mutmaßlichen Versuche der Regierungskoalition, die für April 1997 geplante Wahl in der Vorbereitungsphase zu manipulieren.

In einem öffentlichen Brief wandte sich der Herausgeber gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe: „I am a citizen who is active in society using legal means and for constitutional objectives which I see and believe serve my country. (...) I depend primarily on the will of God, and on the stipulations of the law and constitution in the country.“ Wenige Tage später sandte der Präsident zwei Beamte des Sicherheitsapparats – sie sollten Grüße übermitteln. „Ich frage aber“, so Al-Saqqaf, „kann man mit Hilfe von Sicherheitsbeamten gegenseitiges Vertrauen aufbauen?“ Daß seine Skepsis berechtigt war, zeigte sich bereits eine Woche später: Vertreter der Finanzbehörde wollten in Begleitung eines Soldaten Steuern eintreiben. Die aber hatte Al-Saqqaf längst bezahlt. Als er den Beamten die Quittung vorlegte, verabschiedeten sie sich nur widerwillig; sie seien mit dem Taxi gekommen und benötigten nun das Geld für die Rückfahrt in die Innenstadt. Die Aufregung in der Redaktion hielt sich in Grenzen. „Wir sind an so etwas gewöhnt“, so Al-Saqqaf. „Das ist die Politik der Nadelstiche.“ Schließlich gab er den Beamten 500 Riyal, damit sie sich endlich verabschiedeten.

Die Arbeit kritischer Journalisten im Jemen gleicht einem ständigen Eiertanz. So sah sich die „Yemen Times“, die 1995 den „International Freedom of the Press Award“ erhielt, eine Woche nach den Äußerungen des Präsidenten gezwungen, mit der Überschrift „President Saleh starts this week his 19th year of Rule: Congratulations“ aufzumachen. Das Informationsministerium hatte unmißverständlich klar gemacht, daß künftig mehr über die Aktivitäten des Staatsoberhauptes und der Regierung zu berichten sei. „Das heißt, wir sollen schreiben, wann welcher Minister wem die Hand schüttelt. Das haben wir immer zu vermeiden versucht“, so Al-Saqqaf. „Jetzt stehen wir leider unter ungeheurem Druck.“ Mitarbeiter der Zeitung sahen das ähnlich. In einer Redaktionskonferenz diskutierten sie darüber, ob man auf der zweiten Seite künftig eine „Regierungsspalte“ drucken solle. „Das ist der Preis, den wir zahlen müssen“, meinte Ko-

lumnist Hassan Al-Haifi. „Keiner unserer Leser wird es beachten. Also, warum zum Teufel, nicht.“

Immer mehr jemenitische Journalisten argwöhnen, daß es mit der Pressefreiheit seit Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1994 bergab geht. Das Pressegesetz sei zwar gut, doch leider halte sich die Regierung nicht daran. Seit Ende 1994 braucht jede Zeitung, die in Druck gehen will, eine schriftliche Genehmigung des Informationsministeriums. Drohungen gegen Publizisten, Druckverbote, Klagen durch die Staatsanwaltschaft, mit deren Hilfe man Redaktionen finanziell ausbluten läßt, Überfälle und das Erzwingen von Gegendarstellungen sowie andere Repressalien machen Zeitungsmachern das Leben schwer. Nachdem beispielsweise die Redaktion der „Yemen Times“ im Juni 1996 neue Räume bezogen hatte, mußten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fast drei Monate ohne Telefon auskommen. Offenbar erst auf Geheiß des Präsidenten wurden die Leitungen freigeschaltet – nachdem Al-Saqqaf dreimal hintereinander das Bild Ali Abdullah Salehs auf der Titelseite der Zeitung plazierte hatte. Wochen zuvor hatte sich bereits herausgestellt, daß Exemplare der Zeitung, die im Ausland lebenden Abonnenten zugestellt werden sollten, von Mitgliedern der Politischen Sicherheitspolizei im Postamt abgefangen und weggeworfen worden waren.

Daß die Regierenden inzwischen Furcht vor den Freiheiten bekommen haben, die sie in den vergangenen Jahren gewährten, scheint eine Stellungnahme von Abdul Malik Al-Sindi, dem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Beamten im Informationsministerium, zu beweisen. Angesprochen auf die kritischen Zeitungen „Al-Ayyam“ (Auflage: ca. 25 000) und „Yemen Times“ (Auflage: ca. 21 000) sagte er: „In Rußland, wo ich studiert habe, erzählt man sich die Geschichte von der Schlange und der alten Frau. Diese machte im Winter einen Spaziergang. Im Schnee lag eine Schlange, die war schon ganz steif vor Kälte. Da bekam die alte Frau Mitleid und steckte das Tier unter ihr Kleid. Als der Schlange wieder warm war, biß sie der Frau in die Brust. Die Frau starb.“ Erstaunlich unverblümt geben Regierungsbeamte zu, daß es zwar auf dem Papier Pressefreiheit gebe, in der Realität jedoch müsse man manchmal eingreifen...

Sicher ist die oppositionelle Presse bisweilen mit Vorsicht zu genießen. Diejenigen, die hinter den Erzeugnissen stehen, wollen auch Politik machen. So berichtete „Al-Ayyam“ im Frühjahr 1996, daß Deutschland seine Hilfe für ein Wasserprojekt in der Stadt Taizz einstellen wolle. Und die Visite einer Delegation um Otto Schily (SPD) wurde als Untersuchungskommission in Sachen Menschenrechte dargestellt. Deutsche Diplomaten dementierten beides: „Die Nachrichten waren schlichtweg falsch.“ Dr. Raufa Hassan Al-Sharki, stellvertretende Vorsitzende des Arabischen Instituts für Demokratie und Direktorin des Frauenforschungszentrums der Universität Sana'a bemerkt dazu: „Es gibt schlicht und einfach zu viele unqualifizierte Journalisten. Da werden allzuoft Meinungen als Fakten verkauft.“

„Wollen Sie, daß ich den Präsidenten kritisiere?“ –

Hisham M. Ali Bashraheel,

Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung „Al-Ayyam“

Vorbemerkung: Im Dezember 1994, wenige Monate nach dem Bürgerkrieg hatte ich Bashraheel in Sana'a schon einmal getroffen. Damals verließ er seinem Ärger und seiner Unzufriedenheit über die politische Situation und die eingeschränkte Pressefreiheit unverhohlen und mit starken Worten Ausdruck. Seitdem hat seine Zeitung immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik seitens der Regierung gestanden; Mitarbeiter von „Al-Ayyam“ sollen bedroht, das Erscheinen der Zeitung ein paarmal erschwert oder verhindert worden sein. Während meines zweiten Besuchs im September 1996 zeigte sich Bashraheel zurückhaltend.

„Der Bürgerkrieg hat die politische Balance beeinträchtigt und damit den Fortgang der Demokratisierung beeinflußt. In gewisser Weise ist davon natürlich auch die Pressefreiheit betroffen; sie hat sich stufenweise zurückentwickelt. Es ist nicht wie vor dem Bürgerkrieg, wie nach der Einheit. Die relativ ausgeglichene Machtposition der Parteien hat die Freiheit der Presse begünstigt. Alle waren an der Darstellung ihrer Ansichten interessiert. (...) Heute gibt es zahlreiche Probleme, die die tägliche Arbeit der Journalisten erschweren, ich kann sie jetzt nicht alle aufzählen. (...) Ein Gefühl der Bedrohung? Nein, ich habe damit keine Schwierigkeiten. Aber fragen Sie andere. (...) Kritik des Präsidenten nehmen wir als das hin, was es ist: Kritik. Darum sollten wir uns nicht so sehr kümmern, vor allem sollten wir das nicht überbewerten. Das ist normal. Wollen Sie etwa, daß ich den Präsidenten kritisiere? Das werde ich nicht tun. (...) Die Medien haben sicher einen großen Einfluß auf die Entwicklung des Landes. Korrupte Beamte und Angestellte des Staates fürchten deshalb ja freie und unzensurierte Publikationen. (...) Das Fernsehen können Sie natürlich vergessen, es ist staatlich gelenkt. Ich glaube, es hat keine anderen Auswirkungen auf die Menschen, als daß es sie unterhält, einfaches Entertainment. (...) Mit den Zeitungen ist das anders. Jede unserer Ausgaben von „Al-Ayyam“ – sie erscheint zweimal pro Woche – wird von durchschnittlich drei Leuten gelesen. Die sprechen natürlich über das, was sie gelesen haben. Deshalb darf man die Bedeutung der Presse nicht unterschätzen. (...) Als Journalist möchte ich die politische Meinung der Menschen beeinflussen, aber nicht im Auftrag einer Partei oder politischer Trends. Als Herausgeber bin ich völlig unabhängig. Egal ob für oder gegen eine Partei – wir veröffentlichen Nachrichten.“

Grenzland – die Sozialisten von Al-Thali

Ein stattliches Haus am Rand von Al-Thali, hinter Mauern. „Siehst Du, so haben die Sozialisten für sich selbst gesorgt“, schimpft Noab, der

Dolmetscher. Noab stammt zwar aus dem südjemenitischen Aden, gleichwohl hält er vom Sozialismus gar nichts. Er ist ein Gläubiger, nimmt seine religiösen Pflichten sehr ernst: Bart, fünfmaliges Beten am Tag, selbstverständlich kein Alkohol, aber – dann und wann kommen ihm schmutzige Witze und bierseelige Lieder über die Lippen: „Hoppla! Schenk ein! Schenk ein!“ Unvergessen sind die Jahre in Rostock. Dort hat Noab Schiffbau studiert. Zu DDR-Zeiten.

Im Inneren des stattlichen Hauses treffen wir Mitglieder der JSP bei der nachmittäglichen Qat-Sitzung. Früher galt Al-Thali als Hochburg der Sozialisten. Bedeutende Funktionäre stammten von dort. Auch heute genießt die Partei hier noch viele Sympathien. Rund 6500 Mitglieder soll sie stark sein.

„Unter den Menschen haben wir wahrscheinlich mehr Unterstützung als alle übrigen Parteien“, sagt Ahmed Harmal, Mitglied der Parteiführung. Sein Parteigenosse Kassem Ahmed Shalah rechnet bei den kommenden Parlamentswahlen mit etwa 70 Prozent der Stimmen im Bezirk. Die Sozialistische Partei habe sich gewandelt, beteuert er. Sie sei demokratisch und heiße die jemenitische Einheit gut. Daß man die Mitglieder zu Sezessionisten stemple, weil eine Handvoll Führer im Jahr 1994 eine erneute Teilung des Landes herbeiführen wollen, sei Propaganda: „Es gibt offenbar Angehörige anderer politischer Parteien, die abweichende Meinungen nicht ertragen können.“

Denn daß die Sozialisten eine andere Politik machen würden, als Volkskongreß und Islah, steht für die im Raum Anwesenden außer Frage: gerecht müsse Politik sein, den Menschen das Notwendige zum Leben bieten, zudem Sicherheit und die Einhaltung von Menschenrechten garantieren. All das böte die Politik der derzeitigen Regierung nicht. „Wenn du nicht in der richtigen Partei bist, hast du keine Chance“, ärgert sich ein Mann mittleren Alters, der seinen Namen nicht nennen möchte. Er selbst habe Geschichte studiert und vor der Einheit in einem Ministerium gearbeitet. „Es gibt hier Tausende mit guten Zeugnissen und Ausbildungen. Weil sie Sozialisten waren oder noch sind, sitzen sie auf der Straße.“ Kassem Ahmed Shalah stellt verdrossen die Frage, warum sich alle Macht in Sana'a konzentriere. „Und warum muß der Polizeichef von Al-Thali aus dem Norden stammen?“

Die Liste der Kritik wird länger und länger: Viele Männer hätten sich bereichert, es würden ohne Erlaubnis Häuser errichtet. Die Menschen mißachteten das Verbot der Regierung, auf landwirtschaftlichen Flächen zu bauen. Investitionen flössen zur Hälfte in private Taschen. Das Militärische mische sich in zivile Angelegenheiten, Menschen würden unter fadenscheinigen Begründungen festgenommen und längere Zeit festgehalten. Verletzungen von Menschenrechten? Natürlich gebe es die.

„Beispiel: Ein Mann heiratete eine Frau, die afrikanischen Ursprungs ist. Weil die Familie damit nicht einverstanden war und sich in ihrem Stolz gekränkt fühlte, hat der Bruder des Mannes die Polizei eingeschaltet. Diese nahm den Frischvermählten fest und hielt ihn so lange in Gewahrsam, bis

er der Scheidung zugestimmt hat.“ Die Qat-Runde ist sich einig: Seit der Einheit seien Stammessitten stärker als die Gesetze.

Nicht erst an dieser Stelle ist Noab kurz davor, die Fassung zu verlieren. Immer wieder hat sich während des Gesprächs zwischen ihm und den Männern ein Disput entwickelt. Noab ist sauer: „Sie reden nur. Als sie noch an der Macht waren, haben sie sich um nichts anderes gekümmert, als um ihre Macht. Die Menschen waren ihnen egal, sie haben sie wie das Letzte behandelt. Glaubst Du, ich hätte damals in Aden regelmäßig in die Moschee gehen können?“

„Die Stadt kommt nicht zu uns“ – über Stämme und Staatsmacht

Der Anlaß: ein Zelt; es steht auf einem Stück Boden, für das gleich zwei Stämme Eigentumsrechte geltend machen. Die Folge: eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf automatische Gewehre und Handgranaten zum Einsatz kommen. Das Resultat: 13 Tote und acht Verletzte. Seit Juli 1995 schwelt der Streit zwischen den Stämmen der Uqaili und der Buthaif im Distrikt Huraib, Aden. Bis Oktober 1996 sollen auf beiden Seiten 57 Männer Opfer von Waffengewalt geworden sein. Die Regierung hat das Problem nicht lösen können.

Derartige Konflikte sind symptomatisch für das gesellschaftliche Leben in der Republik Jemen. Der Stamm als Bezugspunkt politischer Loyalität bildet nach wie vor den Rahmen, in dem die Menschen handeln. Wollte man Demokratieverständnis und Vorstellung von „civil society“ mit westlichen Maßstäben messen, fände im Jemen beides innerhalb diesen Rahmens seine Grenzen. Je weiter Regionen von der Hauptstadt Sana'a entfernt sind, um so weniger Einfluß hat dort die Staatsmacht. „Meinungsverschiedenheiten regeln wir unter uns und auf unsere Weise“, sagt Abdullah, ein Mitglied des rund 8000köpfigen Stammes der Saidi. Sein Dorf Al-Rish'a liegt abgeschieden in den Bergen bei Al-Thali. Zwei Stunden Schotterpiste mit dem Wagen, anschließend eine Stunde Fußmarsch trennen die Siedlung von der nächsten größeren Stadt. „Die Stadt nimmt uns zwar unsere Männer“, bemerkt Abdullah. „Doch die Stadt kommt nicht zu uns.“

Als lokale Institution regelt der Stamm das soziale und wirtschaftliche Leben von Menschen innerhalb eines begrenzten Territoriums und verteidigt deren Interessen nach Außen. In diesem Sinn sind Jemens Stämme nicht als vorstaatliche Organisationen zu verstehen, sondern als Bestandteile eines Staatsgefüges und als Gegenüber zur Regierung. Von einem Gewaltmonopol der Staatsmacht kann nur eingeschränkt die Rede sein. Schätzungen des Innenministeriums gehen davon aus, daß bis zu 65 Millionen Waffen aller Art in privater Hand sind. Je mächtiger und wohlhabender ein Stamm, um so besser seine Ausrüstung; sie reicht von der im Land allgegenwärtigen Kalaschnikow – neben dem Dolch ("djambia") das Statussymbol eines Mannes – bis hin zu schweren Waffen. Auf dem Land

und in den Bergen, dort wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm mehr bedeutet als Mitglied einer „civil society“ zu sein und Stammesführer um den Verlust ihres Einflusses fürchten, ohne dafür von der Regierung ausreichende Gegenleistungen zu erhalten, dort beobachten viele Menschen die politische Entwicklung im Land skeptisch. So heißt Politik machen für die im Jemen Regierenden immer auch: Loyalitäten sichern. Tatsächlich soll sich der Staatspräsident die Unterstützung der Scheichs eine Menge kosten lassen; auf eine eigens dafür eingerichtete Kasse hat er allein Zugriff. Die Ausgaben für diesen Sektor werden gehütet wie ein Staatsgeheimnis.

„Das Stammeswesen ist nicht unflexibel“ –

Dr. Khalid Al-Akwa,

Professor für Politikwissenschaft, Universität Sana'a

„Das Stammeswesen in unserem Land kann die Demokratisierung erschweren oder stabilisierend begleiten, denn es hat durchaus Elemente einer ‚civil society‘ – Probleme zwischen den Stämmen werden diskutiert und besprochen, da herrscht keine Irrationalität. Die Lösung der Probleme findet im Rahmen von Recht und Gesetz statt, nicht willkürlich. Wenn der Scheich nicht zum Wohl des Stammes handelt, und das über einen längeren Zeitraum hinweg, dann kann er abgesetzt werden. In der Vergangenheit kam es dabei unter Umständen auch zu Mord. (...) Das Stammeswesen ist nicht so unflexibel, wie Außenstehende aus dem Westen immer glauben, es verändert sich permanent und paßt sich neuen Gegebenheiten an. (...) Angesichts ihrer eigenen Bewaffnung denken sich Führer und Mitglieder unserer Stämme natürlich auch: Welchen Sinn hat ein Staat, wenn ich meine Sicherheit doch selbst garantieren kann! Da spielt dann die Frage der Loyalität eine große Rolle. Ein Staat muß den Stämmen etwas anbieten, zeigen, daß er für die Menschen sorgt: Krankenhäuser bauen, Straßen bauen, Arbeitsplätze schaffen, Rechtssicherheit garantieren. Das alles ist bei uns noch in der Entwicklung. (...) Demokratie ist ein Weg, Gesellschaft zu organisieren und für deren Wohl zu sorgen. Demokratie ist kein Ziel an sich. Der Prüfstein für Demokratie ist, ob sich an der Situation einer Gesellschaft etwas zum Besseren ändert. (...) Die Bürokratie muß die politischen Entscheidungen zum Wohl der Menschen umsetzen. Das Problem ist, die Bürokratie ausreichend zu kontrollieren, daß sie den Interessen der Menschen nicht widerspricht. (...) Notwendig ist deshalb auch eine Dezentralisierung der jemenitischen Verwaltung. Vor allem sollten die Städte mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Politik den Erfordernissen gemäß selbst zu gestalten. (...) Daß es trotz der Stämme, durchaus etwas wie ein Nationalgefühl gibt, das zeigt sich vor allem in der Abgrenzung nach außen, zum Beispiel gegenüber Saudi Arabien.“

Ein Gläubiger wird aus einem Skorpionloch nicht zweimal gebissen (arab. Sprichwort) – über die Vorbereitungen zur Parlamentswahl

Laß' uns die Wahl abwarten, dann wissen wir es!“ Auf Spekulationen will sich Major Abdullah Mohammad Hariri nicht einlassen. Deshalb fällt seine Antwort auf die Frage, wer mächtiger sei – Staatspräsident Ali Abdullah Saleh (AVK) oder der Führer der größten Stammesföderation der Haschid, Parlamentspräsident Scheich Abdullah Husain Al-Achmar (Islah) – diplomatisch aus. Hariri sitzt in einer kleinen Garküche nahe des „Tahir“-Platzes. Vor ihm auf einem Zeitungsblatt liegen ein im Steinofen gegrillter Fisch und Brot aus Blätterteig. Hariri ißt zu Abend und freut sich, daß er mal wieder Deutsch sprechen kann. In den 80er Jahren wurde er in Ost-Berlin auf einer Polizeihochschule ausgebildet. Nachdem er 1990 in den Jemen zurückgekehrt war, trat er den Dienst beim Innenministerium an. Hariri stammt aus Lahaj, einer Region des ehemaligen Südjemen. Er ist ein Verfechter der jemenitischen Einheit und der Demokratisierung. „Die meisten Leute stehen dahinter. Sie hoffen, daß es ihnen irgendwann wirtschaftlich besser geht.“ Doch er weiß auch, daß die Hoffnungen der Menschen und deren Geduld irgendwann erschöpft sein könnten. Wie solle sich der Demokratiedanke in den Köpfen der Menschen festigen, wenn die Regierenden ihre Versprechungen nicht halten?

Die Vorbereitungen für die im April 1997 geplanten Parlamentswahlen laufen im Herbst 1996 auf Hochtouren; schließlich steht die zweite allgemeine und freie Abstimmung seit Vereinigung der jemenitischen Staaten bevor. Mehrmals täglich sendet das staatliche Fernsehen Werbespots und Infotainment-Programme. Die Bürger werden aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Die Wogen der politischen Auseinandersetzung schlagen hoch. Im Zentrum stehen Vorwürfe gegen den Allgemeinen Volkskongreß, der regierenden Partei des Staatspräsidenten Ali Abdullah Saleh. Obwohl sie auf die Islah-Partei als Koalitionspartner angewiesen ist, gilt sie als stärkste Kraft im Land, weil sie eng mit den Militärs verflochten ist. Sie wolle, heißt es, die Wahl bereits im Vorfeld manipulieren, um künftig allein regieren zu können.

Einen Sturm der Entrüstung hat die Verlegung von Militäreinheiten vor und während der Wählerregistrierung innerhalb des Landes ausgelöst. So wettete die „Yemen Times“, daß die Zahl der im Gouvernement Al-Maharah stationierten Soldaten mit 8000 bald genauso hoch sei, wie die Zahl der dort lebenden wahlberechtigten Männer. Weil Soldaten in ihren Camps wählen müssen, wenn sie dort registriert sind, befürchten Kritiker in vielen Wahlbezirken verzerrte Abstimmungsergebnisse – schließlich geht es um alles oder nichts. Denn nach dem relativen Mehrheitswahlrecht zieht nur derjenige Kandidat ins Parlament ein, der die meisten Stimmen in einem Wahlkreis auf sich vereinigt. Alle übrigen Bewerber gehen leer aus.

Kein Wunder, daß die an der Regierung beteiligte Islah sowie Sozialisten und andere Oppositionsparteien aufbegehren und dem AVK vorwerfen, das Militär, staatliche Medien und Gelder aus dem Staatshaushalt zu nutzen, um sich in Szene zu setzen. In einem Protestpapier forderte die Allianz denn auch die Annullierung der Registrierung. „Wenn die Unregelmäßigkeiten andauern, wird es dem nächsten Parlament an Legitimation fehlen“, so Mohammed M. Qathan, einer der führenden Islah-Köpfe. Um den Koalitionspartner unter Druck zu setzen, schreckte seine Partei nicht einmal vor Gesprächen mit den Sozialisten zurück. Das Verhältnis von Islah und AVK war danach merklich gespannt. Vereinzelt kam es gar zu Schußwechseln zwischen Angehörigen der beiden Parteien, wobei es Tote und Verletzte gab.

Rund 1,9 Millionen jemenitische Bürger – unter ihnen 42 Prozent Frauen – haben sich bis Oktober 1996 in Listen eintragen lassen, um anschließend ihre Wahlkarten zu bekommen. Zusammen mit den 2,7 Millionen Menschen, die sich bereits zur Wahl 1993 erfassen ließen, können damit im April 1997 fast fünf Millionen von insgesamt rund sechs Millionen wahlberechtigter Jemenitinnen und Jemeniten in 301 Wahlkreisen ihre Stimme abgeben.

Das Vertrauen weiter Bevölkerungsschichten in die Organisationsfähigkeit und Informationswilligkeit des Obersten Wahlkomitees hält sich indessen in Grenzen. Regierungsgegner, Oppositionspolitiker, Rechtsanwälte und Journalisten etc. haben deshalb Ende September ein unabhängiges Gremium zur Wahlbeobachtung (Elections Monitoring Committee) ins Leben gerufen und werden finanziell von der Europäischen Union unterstützt. Für den Vorsitzenden Mohammed Al-Rabayi, ehemaliger jemenitischer Botschafter in den Niederlanden, steht die Notwendigkeit des Gremiums außer Zweifel. „Vier Augen sehen mehr als zwei. Die Bürger brauchen Gewißheit über das, was vorgeht. Sie haben ein Recht darauf, informiert zu werden, damit sie ihre Pflichten als Bürger wahrnehmen können.“

In einer 1995 erschienenen Studie über Liberalisierung und Demokratisierung in der Republik Jemen kommt Iris Glosemeyer vom Deutschen Orient-Institut Hamburg hinsichtlich der Parlamentswahl von 1993 zu dem Ergebnis, daß die Bewertung der meisten internationalen Beobachter, die Wahlen seien „sauber, frei und fair“ gewesen, nicht aufrecht erhalten werden könne. So seien unabhängige Kandidaten, die in einzelnen Wahlkreisen stärker zu werden schienen, als Vertreter etablierter Parteien, bedroht und bestochen worden, um ihre Kandidatur zurückzuziehen. Anderen sei die angemessene Sendezeit im staatlichen Fernsehen verweigert worden. Und am Wahltag selbst könne von geheimer Abstimmung keine Rede gewesen sein, da der Name des Kandidaten auf dem Wahlzettel hätte geschrieben werden müssen – und das trotz der hohen Quote von Analphabeten. Zumindest letztere Absurdität wurde ausgeräumt. Das im Spätsommer 1996 vom Parlament verabschiedete und vom Staatspräsidenten unterzeichnete neue Wahlgesetz sieht vor, daß den Kandidaten künftig Bilder oder Symbole zugeordnet werden.

Bei Vertretern des westlichen Auslands genießt der amtierende Staatspräsident Saleh ein solides Ansehen. „Er ist die Garantie für den Fortgang einer säkularen und modernen Politik. Es gibt zu ihm derzeit keine Alternative.“ Jemeniten, die die Machtfülle von Ali Abdullah Saleh bisweilen mit Sorge betrachten, sehen in solcher Politik geradezu eine Anbiederung: „Wie westliche Diplomaten die Situation im Jemen beurteilen, muß nicht immer etwas mit der Realität zu tun haben. Es hat den Anschein, daß einige Beobachter darüber hinwegsehen, daß die Luft aus dem Prozeß der Demokratisierung mehr und mehr entweicht.“

„Wir haben keine ideologische Armee“ –

Said Al-Hakimi, Mitglied des für die Organisation der Parlamentswahl zuständigen Obersten Wahlkomitees

„Das Oberste Wahlkomitee besteht aus sieben Parlamentariern. Sie sind angehalten, für die Dauer ihrer Arbeit ihre Parteizugehörigkeit in den Hintergrund treten zu lassen. (...)“

Das Wahlkomitee wird dafür sorgen, daß jedem Kandidaten, jeder Partei im Fernsehen die gleiche Sendezeit zugestanden wird. Niemand wird mehr erhalten, als ihm zusteht. (...)“

Wenn die Wähler sich von Scheichs beeinflussen lassen, diesen oder jenen Kandidaten zu wählen, so können wir daran natürlich nichts ändern. Das muß jeder Wähler für sich entscheiden. (...)“

Waffen sind in den Wahlbüros nicht erlaubt. In unmittelbarer Nähe jeder Wahlbox werden Repräsentanten der Parteien und die unabhängigen Kandidaten den Ablauf im Auge behalten. Jeder Wähler muß nach Abgabe seiner Stimme seinen Finger in Tinte tauchen, die von der Europäischen Union gestellt wird. Sie ist 24 Stunden lang nicht abwaschbar. (...)“

Nicht ein einziger Bürger, der wahlberechtigt ist und sich registrieren lassen wollte, wurde davon abgehalten. Niemand wurde nach seiner politischen Orientierung oder Parteizugehörigkeit gefragt. Will das jemand anzweifeln, so kann er das vor Gericht tun. Ich bin sicher, daß es zu Rechtsstreits kommt, allein schon aus Gründen der politischen Auseinandersetzung. (...)“

Die Vorwürfe, die Regierung wolle die Streitkräfte nutzen, um die Wahl zu manipulieren, sind falsch. Armeeangehörige sind Bürger, die laut Verfassung ein Recht darauf haben, zu wählen. Und jeder Wahlberechtigte hat die Möglichkeit, sich dort registrieren zu lassen wo er wohnt, wo er geboren wurde oder wo er arbeitet. Die Annahme, daß die Armeeangehörigen ihre Stimme der Regierung geben werden, ist irrig. Wir haben keine ideologische Armee. (...) Im übrigen laden wir jeden interessierten Beobachter aus dem In- und Ausland ein.“

Grenzland – der Servierer in Lab’us

„Wenn ihr pinkeln geht, benutzt keine Taschenlampe. Das könnte Probleme geben, man könnte euch für Diebe halten.“ Der patrouillierende Soldat ist freundlich, doch seiner Stimme ist anzumerken, daß er es gewohnt ist, Zivilisten Befehle zu erteilen. Weil es in Lab’us lediglich einen Schlafsaal für Lastwagenfahrer auf der Durchreise gibt, der belegt und überdies noch voller Flöhe ist, verbringen Noab, Mohammed und ich die Nacht im Auto. Zum Frühstück gibt es Fettgebackenes, hartgekochte Eier und Tee in einer nahen Garküche. Dort treffen wir Abdul Ahmed Rab Mohammed. „Unsere Politiker handeln wie Kaufleute – sie wirtschaften in die eigene Tasche, anstatt sich um das Wohl anderer zu kümmern“, schimpft er. „600 Riyal verdiene ich am Tag, das reicht hinten und vorne nicht.“ Seine Frau und die elf Kinder kann er nur ernähren, weil seine Familie seit Generationen ein kleines Stück Land besitzt, auf dem sie Kaffee und Qat anbaut.

Die Stadt Lab’us liegt inmitten hoher Berge. Vier bis fünf Stunden dauert die nicht mal 50 Kilometer weite Fahrt von Al-Bayda aus über die steinige Piste. Seit Jahren soll Lab’us mit einer Asphaltstraße an die Außenwelt angeschlossen werden. Auf der jemenitischen Straßenkarte ist sie schon eingezeichnet. Tatsächlich warten die Bewohner der Stadt bislang vergeblich. Daß es nach der Parlamentswahl besser werden könnte, daran will Abdul Ahmed Rab Mohammed nicht recht glauben. Denn selbst zu den örtlichen Scheichs, die sich ins Parlament wählen lassen wollen, hat er kein Vertrauen: „Sie lassen sich mit Geld und Autos von der Regierung kaufen.“ Besserung für die Zukunft verspricht sich Rab Mohammed einzig und allein von der Islah-Partei. „Sie ist besser, weil ihre Mitglieder nicht nur an Geld denken, sondern sich vor allem um den Glauben kümmern.“ Auch er selbst gibt vor, Glaubenserfüllung gegenüber wirtschaftlicher Sicherheit und Zufriedenheit den Vorzug geben zu wollen. Auf die Frage, warum er sich dann so sehr über die Mißstände in Lab’us aufrege, bleibt er eine Antwort schuldig: „Vor allem anderen liebe ich Allah.“

Zurück in der Heimatlosigkeit? – über das Schicksal der „moghtaribeen“

Der Himmel verdüstert sich. Er verspricht einen Sandsturm oder – was in der Tihama nur selten vorkommt – Regen. Noch einmal schwillt die Hitze in der Küstenregion am Roten Meer an. Die Luftfeuchtigkeit ist nahe hundert Prozent. Omars Atem geht schwer. Seine Stimme ist leise und gebrochen. Die Gesundheit des 55jährigen ist nicht mehr die Beste. Wie zum Beweis fischt er sein Glasauge aus der rechten Augenhöhle und balanciert es auf der Handfläche. Ein Schweißunglück. Damals in Saudi-Arabien.

Omar sitzt vor seiner Hütte auf einem Bettgestell aus Holz und ineinandergeflochten Stricken. Ein Baum spendet Schatten. Der Körper des Mannes ist von Mangelernährung gezeichnet, die Knochen stehen eckig

hervor, die Zähne sind schlecht: Tee, Reis, Fladenbrot und „fuul“, eine Art Bohnenbrei, tagein, tagaus. „Eier und Fleisch sind viel zu teuer – 400 bis 600 Riyal für ein Kilo Hammel, wer kann das bezahlen!“, schimpft Omar. Die sieben Ziegen, die er gemeinsam mit einem Nachbarn hält, werden erst zum Ende des Fastenmonats geschlachtet und verkauft. Das Fastenbrechen ist für Omar und seine achtköpfige Familie immer noch ein besonderes Ereignis – auch wenn sie alle das Gefühl des Hungers nicht nur vom Ramadan kennen.

Noch bis vor wenigen Jahren waren Armenviertel vor den Toren größerer Städte in der Republik Jemen nahezu unbekannt. Mit dem Krieg zwischen Irak und Kuwait 1990 hat sich das geändert. Als damaliges Mitglied im UN-Sicherheitsrat hatte sich der Jemen für eine Lösung des Konflikts ohne westliche Einmischung ausgesprochen. Die UN-Resolution 678, die einen Militäreinsatz gegen den Irak erlaubte und Grundlage für den „Wüstensturm“ werden sollte, trug die jemenitische Regierung nicht mit. Saudis und Kuwaitis waren über diese „Parteinahme“ für Saddam Hussein derart aufgebracht, daß sie innerhalb weniger Monate fast eine Million jemenitische Arbeitsmigranten einschließlich ihrer Familien zur Ausreise drängten; deren Vermögenswerte behielten sie ein, die Konten jemenitischer Inhaber bei saudischen Banken wurden gesperrt. Daß der Jemen auf diplomatischem Weg bemüht war, einen irakischen Rückzug zu erreichen, weigerten sich die Öl-Herren zur Kenntnis zu nehmen. Für das südarabische Land mit seinen damals rund 13 Millionen Einwohnern geriet die Flut der Rückkehrer zum Jahreswechsel 1990/91 zu einer Katastrophe; nicht nur weil fortan Überweisungen in Höhe von rund 0,5 Milliarden US-Dollar wegfielen. Es gab weder Wohnraum noch Jobs für die „moghtaribeen“.

Omar ist einer dieser Zwangsrückkehrer. Mit drei Töchtern, fünf Söhnen und seiner Frau haust er in einer Holzhütte hinter Sichtblenden aus Blech am Stadtrand der Hafenstadt Hodaidah. 30 Jahre lang hat der Installateur in Mekka gearbeitet und seiner Familie ein Auskommen garantieren können. Dann sah er sich eingereiht in eine kilometerlange Autokolonne, in der tausende Menschen mit ihrem tragbaren Hab und Gut die Grenze überschritten. Das Leben, das Omar in Saudi Arabien zurücklassen mußte, vermißt er bis heute: „Lebensmittel waren bezahlbar, die Gesundheitsversorgung gut und der Schulbesuch meiner Kinder garantiert. Wenn es möglich wäre, würde ich sofort zurückkehren.“ Heute kann er kaum die 200 Riyal entbehren, die ihn die Anmeldung seiner jüngsten Tochter zur Grundschule kostet.

Mit dem Rückkehrerstrom entstanden rund um Hodaidah, im Landesinnern bei Bajil, Bait Al-Faqih und Zabid sowie nahe der saudischen Grenze bei Harad und Midi riesige Auffangcamps. Internationale Organisationen und die jemenitische Regierung versorgten die Vertriebenen mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Hilfsgelder in Höhe von rund 60 Millionen US-Dollar, die Ende 1991 unter anderem von UNDP und der Weltbank zur Verfügung gestellt wurden, sollten die Misere der Rückkehrer lindern helfen. Doch ein Großteil des Geldes floß in andere Kanäle.

Zusammen mit den Landflüchtigen, die in größeren Städten auf Arbeit und Wohlstand hoffen, haben die Rückkehrer die Einwohnerzahl der Hafenstadt Hodaidah von rund 150 000 Ende der 80er Jahre auf inzwischen über 320 000 ansteigen lassen. Längst haben sich die Camps zu Siedlungen und einige der auf Zeit angelegten Siedlungen zu festen Stadtteilen gewandelt. Die Zelte sind durch Konstruktionen aus Holz, Wellblech, getrockneten Palmwedeln und Plastikplanen ersetzt; manch ein Rückkehrer hat es bis zu einem kleinen Steinhaus gebracht. Wie ein Gürtel liegen diese „harats“ um die Stadt, teils bedrängt von wandernden Sanddünen, teils in Sichtweite feudaler Villen reicher Geschäftsleute. Eine geregelte Stromversorgung gibt es nicht. Wasser entnehmen die Menschen aus öffentlichen Brunnen. Allein in den Vierteln Rabassa, Zaid, Salakhana und – Ironie des Schicksals – Saddam leben heute zwischen 70 000 und 90 000 ehemaliger „Auslandsjemeniten“. Wem der Grund und Boden gehört, auf dem sie sich niedergelassen haben, ist unklar. Einerseits will der Staat Eigentümer sein. Doch auch verschiedene Stämme der Region melden Ansprüche an. So bleibt stets fraglich, ob ein Landdeal für die Zukunft verbindlich ist. Immer wieder kommt es vor, daß Männer Land verkaufen, das ihnen gar nicht gehört. Da werden dann schon mal Hütten von Schlägertrupps wieder niedergerissen.

Um Einfluß und Kontrolle auf die Bewohner der Armensiedlungen ausüben zu können, ernennt die Stadtverwaltung in jedem „harat“ einen oder mehrere „aqel“. Diese Männer fungieren als eine Art Bürgermeister. Zu ihnen kommen die Menschen, um Streitigkeiten in der Nachbarschaft schlichten oder Briefe an Behörden schreiben zu lassen, oder wenn sie ein kleines Geschäft gründen wollen. „Mit dem ‚aqel‘ muß man sich gut stellen, denn er verfügt über Beziehungen und Verbindungen, die dir nützen oder schaden können“, weiß Omar. Und weil Macht auch verführt, genießen viele der „Bürgermeister“ trotz ihrer Autorität einen zweifelhaften Ruf. Nicht selten nutzen sie ihre Stellung, um in die eigene Tasche zu wirtschaften. Arbeit ist knapp in Hodaidah. Allmorgendlich zieht deshalb eine Prozession Frauen und Kinder in der Stadt von Geschäft zu Geschäft, um ein bißchen Geld zusammenzubetteln. Ihre Männer verdingen sich als Tagelöhner im Hafen oder beim Gießen von Betonsteinen.

„Die meisten der hier lebenden Menschen sind ohne festes Einkommen. Ihre Perspektiven sind überwiegend sehr schlecht“, sagt die niederländische Anthropologin Marina de Regt. Seit fünf Jahren arbeitet die 35jährige Frau in Hodaidah und hat im Auftrag der niederländischen Regierung geholfen, dreizehn Gesundheitszentren in den Armenvierteln aufzubauen. Dort werden Kranke gegen ein geringes Entgelt behandelt. Lokale Komitees entscheiden darüber, wofür das Geld ausgegeben wird, für die Instandhaltung der Gebäude etwa oder für die Anschaffung von Medikamenten.

„Weil es keine Müllentsorgung in den Vierteln gibt, ist mangelnde Hygiene eine häufige Krankheitsursache“, so de Regt. Das Schweizerische Rote Kreuz hat deshalb eine Handvoll Männer unterstützt, die den Abfallbergen in Rabassa frühmorgens mit Besen und Schubkarren zu Leibe

rückt. Das funktioniert prima – jedoch nur bis zur Grenze des Viertels. Weil die Stadtverwaltung von Hodaidah nicht für den Abtransport des Mülls von dort sorgt, weht ihn der Wind wieder dahin zurück, wo er hergekommen ist.

Die jemenitische Regierung hofft seit Jahren darauf, daß sich das Problem mit den Rückkehrern von allein lösen wird. „Schließlich haben sich die meisten inzwischen wieder in die Gesellschaft eingegliedert“, so ein Beamter im staatlichen Büro für Einwanderungsangelegenheiten in Sana'a. Wieviele es nicht geschafft haben, darüber gibt es keine verlässlichen Zahlen. Vielleicht 200 000, vielleicht 250 000. Gegenüber deren Zukunft sind die Bürokraten ratlos. Sie geben zu, daß es kein Programm gebe, mit dem ihnen geholfen werden könne. „Zumindest keines, daß umsetzbar ist“, so der Beamte.

Eine Organisation oder kollektive Bewegung der „moghtaribeen“, durch die sie ihre Interessen gegenüber offiziellen Stellen zur Geltung bringen könnten, gibt es bis heute nicht. Solidarität beschränkt sich auf ein Mindestmaß im Alltag. „Halt' die Tür zu, dann bläht dir auch der Wind nicht ins Haus“, rät der einäugige Omar. So schlägt sich jeder einzelne irgendwie durch. Wie Gasmi Ahmed Mahub Al-Gunaid zum Beispiel. Dem korpulenten Mann mit dem grauen Kinnbart ist es gelungen, in Zaid ein kleines Geschäft aufzumachen. In einem Holzverschlag verkauft er Kekse, Limonade und Zigaretten. Nebenbei lädt er mit Hilfe eines Generators Autobatterien auf. Und? Wenn er sonst irgendwie Geld machen kann, dann macht er es. Wie? Al-Gunaid lächelt: „Meine Kinder sollen es einmal besser haben als ich.“ Mit dem Geld, das reinkommt, finanziert der 50jährige den schulpflichtigen seiner 14 Söhne und Töchter inzwischen die Ausbildung; allein für die Fahrkosten seiner Kinder in die Schule zahlt er täglich 100 bis 200 Riyal.

Wie wichtig Bildung ist, das hat die 22jährige Aisha Al-Rabiah erfahren. In Saudi-Arabien geboren, besuchte sie dort die Schule und lernte Englisch. Heute arbeitet sie als Arabischlehrerin an einer kleinen Schule im „harat“ Salakhana und verdient 2500 Riyal im Monat. Mit dem Geld unterstützt sie ihre Eltern und elf Geschwister. Aishas ältester Bruder ist kürzlich nach Saudi-Arabien zurückgekehrt, ins Baugewerbe. Je mehr sich die Beziehungen zwischen Jemen und Saudi-Arabien normalisieren, um so öfter erhalten zumindest Fachkräfte wieder eine Arbeitsgenehmigung für das Nachbarland; ungelerten Arbeitern bleibt diese Chance weiterhin versagt. „Leider“, wie Omar sagt. Er selbst sei zwar zu alt, die meisten jüngeren Männer würden den Jemen jedoch lieber heute als morgen verlassen. Die Lebensumstände seien zu hart. Die Politik habe daran bis heute nichts geändert. Omar schaut in den Himmel. Der hat sich endgültig tiefschwarz zugezogen. Ein böiger Wind trägt Plastiktüten, Sand und auch ein paar Regentropfen vor sich her. Omars älteste Tochter ist mit einem Saudi verheiratet und durfte deshalb auch nach 1990 im Königreich bleiben. Demnächst wird sie wieder ein bißchen Geld schicken. Ihr Vater würde zu gern ein Dach auf die vier Steinwände setzen, die er vor zwei Jahren neben seiner Holzhütte hochgezogen hat.

Von der Natur der Wohltat – über die „Charitable Society for Social Welfare“

„Natürlich ist Wohltätigkeit im Koran festgeschrieben. Aber wenn Sie Menschen leiden sehen, ist es doch selbstverständlich, daß Sie dagegen etwas unternehmen, oder nicht!“ Dr. Tareq Sinan Abu Luhoum, Sohn eines einflußreichen Sheichs vom Stamm der Bakil, ist Mitbegründer der „Charitable Society for Social Welfare“, einer landesweit aktiven Wohltätigkeitsorganisation. Bis vor kurzem führte sie noch das Wort für Reform, „islah“, in ihrem Namen. Immer wieder wurde sie deshalb mit der Islah-Partei in Verbindung gebracht. „Wir mögen Unterstützung für unser Handeln in der Religion finden. Aber als Organisation sind wir unabhängig und keiner Partei verbunden“, stellt der Mediziner deshalb klar.

Gleichwohl basiert das Engagement der Organisation auf dem im Koran festgeschriebenen Prinzip der Almosensteuer („zakat“), wonach wohlhabende Gläubige 2,5 Prozent ihres Einkommens für wohltätige Zwecke spenden sollen. Das Budget der „Society“ – rund 30 Millionen Riyal im Jahr 1995 – setzt sich im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Geschäftsleuten und Moscheen zusammen. Mit dem Geld werden Projekte in den Bereichen humanitäre Hilfe (Betreuung von Flutgeschädigten und Zwangsheimkehrern aus Saudi Arabien nach dem Zweiten Golfkrieg), Gesundheit (Impfwochen, Augenklinik, Gynäkologisches Krankenhaus) Ausbildung (Grundausstattung für Schulanfänger, Stipendien für Studenten) und Frauenförderung (drei Fortbildungszentren mit Kinderbetreuung) unterhalten.

Safir Khartan, Leiterin eines dieser Zentren, erzählt: „Die Nachfrage ist sehr groß. Das, was wir tun, spricht sich herum. Viele der Frauen haben nach der Scheidung von ihrem Mann mit den Kindern vor dem Nichts gestanden.“ Zum Beispiel Sihana, 40 Jahre alt. Sie lebte an der Taizz Road, dann wurde sie von ihrem Mann verstoßen und stand mit fünf Kindern allein da. Der Ehemann weigerte sich, für sie aufzukommen. Deshalb kam Sihana ins Frauenhaus der „Society“. Während auf ihre Kinder in haus-eigenen Spielräumen achtgegeben wurde, lernte sie dort das Schneiderhandwerk, bekam eine Nähmaschine und sorgt seitdem für sich und die Kinder aus eigener Kraft. Rund 30, 40 Frauen nehmen täglich an ähnlichen Kursen teil, das Angebot reicht von Nähen über Blumenstecken bis hin zur Herstellung von kunsthandwerklichen Gegenständen. Alle drei Monate verkaufen die Frauen die Produkte im Rahmen einer Ausstellung in der Universität.

Daß viele Frauen ein ähnliches Schicksal wie Sihana haben erleiden müssen, sich aber nicht daraus befreien konnten, läßt sich auf den Straßen von Sana'a erahnen: Die oft sehr jungen Bettlerinnen, mit ihren – nicht selten unehelichen – Kindern sind zahlreich. Auf der sozialen Skala im Jemen stehen sie ganz unten. „Wenn sich zu diesen Frauen keine Familie finden läßt, kann es vorkommen, daß die Polizei sie ins Gefängnis steckt. Dort sitzen sie jahrelang, manchmal mit ihren Kindern“, sagt Othman Al-Hamadi, der

Geschäftsführer der Organisation. Wird die „Charitable Society“ auf solche Frauen aufmerksam, ist es manchmal schon zu spät, und die Betroffenen sind nicht mehr wie sie einmal waren: Warda ist um die 60 Jahre alt. Sie hat ein faltiges Gesicht und ist in bunte Tücher gehüllt. Zehn Jahre saß sie im Gefängnis, weil man sie auf der Straße aufgegriffen hatte. Nun lebt sie seit fünf Jahren zusammen mit 39 anderen Frauen in der Psychiatrischen Klinik der Wohltätigkeitsorganisation. „Warda leidet an Schizophrenie. Sie kann sich an ihre Vergangenheit kaum mehr erinnern, glaubt aber, daß sie aus einer angesehenen Sana’aischen Familie stammt“, erzählt die Psychologin Mawahib.

In der Klinik herrscht eine stille und freundliche Atmosphäre, alles ist blitzblank, und im Garten blühen Blumen und Sträucher. Insassen gehen spazieren, helfen in der Küche oder im Garten und sitzen in der Sonne. Oft können die Frauen nach einigen Wochen oder Monaten wieder in ihre Familien zurückkehren und – mit ein bißchen Glück – den dortigen Problemen besser gewappnet begegnen. Andere wollen mit der Welt draußen nichts mehr zu tun haben, ziehen die in ihrem eigenen Kopf vor. „Diese Frauen sollen bei uns menschenwürdig leben können“, sagt Mawahib.

Doch Hilfe gibt es auch für Externe: Im Jahr 1995 haben Mawahib und ihre vier Kolleginnen und Kollegen rund 1000 Menschen beraten, die in der Einrichtung darum gebeten hatten. Nicht selten kommen Angehörige von Familien, um scheinbar „verrückt“ gewordene Frauen loszuwerden. „Oft wollen die Frauen selbst mit Hilfe ihrer Krankheit aus stressigen, für sie unhaltbaren Familiensituationen entkommen“, erzählt Mawahib. „Die psychischen Probleme, mit denen wir konfrontiert werden, sind die gleichen, wie in Amerika oder Europa.“

Grenzland – der „Verrückte“ von Qa’atabah

Ein Teeausschank in Qa’atabah. Im Schatten eines Blechdachs kocht ein Junge in großen Kesseln Wasser. Dreizehn, vierzehn Jahre ist er alt. Die Backe voller Qat. Den aufgegossenen Tee schmeckt er mit geraspeltem Kardamom ab. Zumeist junge Männer sitzen um ein paar Holztische und genießen den arbeitsfreien Freitag. „Nach der Einheit ist vieles besser geworden“, sagt ein Mann in den 30ern, der in der Gruppe schnell die Funktion eines Wortführers übernimmt. Heute lebten Südjemeniten in Qa’atabah (ehem. Nordjemen), und es gebe sogar Hochzeiten zwischen Männern und Frauen aus den ehemals getrennten Landesteilen. „Das ist kein Problem mit uns“, sagt er im Ton tiefster Überzeugung. Die große Menge der Zuhörer pflichtet ihm bei. Früher hätten die Menschen gefürchtet, daß jemand, der aus dem Süden geflohen war, ein Spion gewesen sei; hätte man so jemanden beherbergen wollen, seien die Probleme vorprogrammiert gewesen. Vor allem auf den Sicherheitsaspekt weisen die

Gesprächspartner immer wieder nachdrücklich hin. Nach der Einheit fühle man sich sicherer.

Plötzlich aber erschüttert ein Neuankömmling die harmonische Weltsicht. Um den Kopf hat er ein Palästinensertuch gebunden, sein Hemd ist gelb und schmutzig und weit aufgeknöpft. Er trägt Plastiktüten voller Qat. „Bei euch, in Deutschland, da ist die Einheit ganz gut gelaufen. Aber hier, hier ist sie doch nur zu vielleicht fünf Prozent verwirklicht. Es gibt zuviel Streit zwischen den Parteien. Nichts hat sich wirklich verbessert.“ Verrückt, urteilen die anderen. Sie erheben ihre Stimmen gegen ihn, und der Tonfall offenbart Empörung. „Er kaut zuviel Qat und isst zu wenig.“ Später erfahre ich, daß der „Verrückte“ immer quer schieße und mit „der Partei“ sympathisiere. Er sei mit einer Frau verheiratet, deren Familie die Sozialisten unterstütze. Der Betroffene lacht, zeigt schlechte Zähne, zerrt ein Büschel Qat aus einer Tüte und schwenkt es über dem Kopf. „Siehst Du, er meint keines seiner Worte ernst“, sagt der Wortführer. Die Menge johlt. Irgendjemand gibt dem „Verrückten“ zu verstehen, daß ich Journalist sei. „Ja, ja – ich hab’ Spaß gemacht, ein Scherz“, gibt er dem allgemeinen Druck nach. Dann stopft er sich Qat in die Backe, winkt mir zu und verschwindet. Was war das? Gemeinhin herrscht unter Jemeniten die Meinung, daß das Kauen von Qat dem Geist Flügel verleihe und den Verstand schärfe...

Zurück auf Anfang – ein Dankeschön

„Ich bin nicht verantwortlich. Und ich weiß auch nicht, wer verantwortlich ist.“ Was der Bürokrat im Informationsministerium der Republik Jemen von sich gab, brachte das Faß zum überlaufen. Christoph Anton, Presse- und Kulturattache der Deutschen Botschaft in Sana’a und seit Wochen darum bemüht, mir ein Journalistenvisum zu besorgen, war kurz davor, seine Contenance zu verlieren. Wie es angehe, daß auf eine offizielle Note der Botschaft nicht geantwortet würde? Und warum man einem Journalisten ohne die Angabe von Gründen kein Visum ausstellen wolle? Natürlich war ihm das Problem bekannt, und das hieß „Yemen Times“. Niemand im Informationsministerium wollte offenbar die nötige Genehmigung ausstellen, um einem Journalisten aus dem fernen Westen eine Hospitanz bei dieser Zeitung zu ermöglichen. So mußte ich zunächst meinen Flug stornieren, und es wurde immer fraglicher, ob ich überhaupt ein Visum für den Jemen bekommen sollte – zwei Wochen Bangen und die zunehmende Befürchtung, daß sich bald alle Vorhaben und Träume in Luft aufgelöst haben würden. Daß ich die Reise dann doch noch antreten konnte, verdanke ich dem steten Bemühen von Angehörigen der Deutschen Botschaft in Sana’a, namentlich Herrn Harald Gehrig und Herrn Christoph Anton sowie Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, Bonn. Ihnen spreche ich an dieser Stelle meinen Dank ebenso aus wie Frau Erdmuthé Op de Hipt von der Heinz-Kühn-Stiftung für ihre unterstützende Anteilnahme, Herrn Peter Wald für den anregenden Gedankenaustausch vor Antritt der Reise, sowie Herrn

Abed Othmann und den Lehrerinnen und Lehrern des Landesspracheninstituts „Arabicum“ in Bochum für die sprachliche Vorbereitung. Abdullah Hariri, Anwar Al-Sayyidi, Abulaziz Al-Saqqaf, Thomas Schick, Mr. Sabbah und Ali waren mir „vor Ort“ gute Freunde, die es mir leicht machten, mich im Jemen zuhause zu fühlen.